

# Raus aus der Abbaufalle!

## SP Baselland fordert eine Korrektur des Sparkurses der Baselbieter Regierung

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Der Kanton Baselland muss «aus der Abbaufalle» herausfinden und finanziell wieder in die Zukunft investieren: Diese Forderung hat die SP Baselland gestern vor den Medien ein Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen gestellt. An einer von Vizepräsidentin Samira Marti geleiteten Medienkonferenz in Liestal traten die Sozialdemokraten für mehr finanzielle Mittel für eine nachhaltige Infrastruktur, für eine Verbilligung der Krankenkassenprämien, für eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, für Förderungsmassnahmen bei Bildung und Kultur und für attraktivere Anstellungsbedingungen für das Staatspersonal ein. Die SP ist zurzeit nicht in der Regierung vertreten.

Um allen finanziellen Ansprüchen gerecht zu werden, verlangt die SP, dass der neue finanzielle Spielraum genutzt wird. Finanzdirektor Anton Lauber habe am letzten Abstimmungssonntag bestätigt, dass es mit dem offenbar sehr guten Jahresabschluss 2017 wieder finanziellen Spielraum für den Kanton gebe. Eine Steuererhöhung fordern die Sozialdemokraten jedoch nicht: «Grundsätzlich steht für uns eine Steuererhöhung nicht auf der Agenda», sagte Landrätin Kathrin Schweizer. Die

von bürgerlicher Seite geforderten Steuersenkungen kämen für die SP jedoch nicht infrage: «Der behauptete Mechanismus, dass damit mehr Steuerzahlende ins Baselbiet ziehen würden, funktioniert nicht.»

### Grosser Nachholbedarf

«Nach 20 Jahren Abbaupolitik muss viel nachgeholt werden», sagte Schweizer. Vizepräsidentin Marti, Landrätin Sandra Strüby und der Sissacher Gemeinderat Lars Mazzucchelli hatten zuvor begründet, weshalb die SP die Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit während den letzten 20 Jahren als Abbau einstuft. Schweizer forderte Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur sowie Mittel «für die vielen Baselbieterinnen und Baselbieter, die von den harten Abbaumassnahmen betroffen sind».

Es brauche eine Wende bei den Krankenkassenprämien und den Prämienverbilligungen. Die Gesundheitskosten für die Haushalte müssten wieder auf eine Belastung im schweizerischen Mittel zurückgeführt werden. Die hängige Prämienverbilligungsinitiative der SP könne «die Kaufkraft der tiefen Einkommen und der Familien» steigern.

Trotz steigendem Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung habe der Kanton

Baselland beim öffentlichen Verkehr gespart. «Von einer Vorwärtsstrategie war vonseiten Regierung nichts zu spüren», meinte Schweizer. Es brauche aber einen öffentlichen Verkehr, der so attraktiv sei, dass er die Strassen entlasten könne.

Im Bereich der Bildung möchte die SP mehr Mittel für grössere Klassen, für Schulhäuser und für die Kultur- und Sportförderung. Einen Nachholbedarf gebe es zudem bei den gemeinsamen Trägerschaften, wo der Kanton Baselland in die Verlässlichkeit investieren und Verantwortung übernehmen müsse.

Beim Staatspersonal erwarte die SP zwar nicht, dass alle Massnahmen der letzten Jahre rückgängig gemacht würden. Doch es sei höchste Zeit, den Polizisten, der Lehrerschaft und anderen Mitarbeitern wieder mit mehr Wertschätzung zu begegnen. Immerhin hätten diese namentlich bei der Pensionskasse Renteneinbussen von bis zu 30 Prozent hinnehmen müssen. «Es braucht jetzt dringend Verbesserungen beim Personal, damit die kantonale Verwaltung wieder ein attraktiver Arbeitsort wird», sagte Schweizer.

Zur Frage, wie dies alles finanziert werden solle, nahmen die Vertreterinnen und Vertreter der SP nur summarisch Stellung. Neben dem Hin-

weis auf den neuen Spielraum der Kantonskasse, der sich jetzt öffne, möchte die SP, dass die geplante Mehrwertabgabe möglichst rasch umgesetzt wird und dass auch wieder eine Erbschaftsteuer für sehr hohe Vermögen erwogen wird. Man müsse mit den Nachbarkantonen Koordinationsgespräche führen, denn es brauche dafür eine Harmonisierung unter den Kantonen, führte Landrätin Schweizer aus. Schweizer ist Mitglied der Finanzkommission des Landrats und als mögliche Kandidatin für den Regierungsrat im Gespräch.

### 15 Steuergesetzrevisionen

Beim Rückblick auf die vergangenen Jahre zeichnete Vizepräsidentin Marti das Bild eines «politisch gewollten, neoliberalen Projekts der Steuersenkungen». Die insgesamt 15 Steuergesetzrevisionen seit 2000 hätten gemäss den jeweiligen Vorausberechnungen insgesamt ein Loch von 180 Millionen in den Kantonshaushalt gerissen und den Gemeinden Minder-einnahmen von 64 Millionen beschert. Landrätin Strüby führte aus, dass die Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen die Opfer dieser Politik seien. Und der Sissacher Gemeinderat Mazzucchelli verurteilte die Politik, Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen.